

Anschlag auf Horta

Am 11. Februar 2008 wurden Mordanschläge auf Präsident Ramos Horta und Premierminister Gusmao verübt. Während Gusmao unverletzt entkommen konnte, musste Ramos Horta schwer verletzt in ein Krankenhaus nach Darwin geflogen werden. Die Regierung rief den Ausnahmezustand aus; die Situation blieb ruhig.

Die Attentate wurden von der Rebellengruppe um Major Alfredo Reinado, der dabei getötet wurde, begangen. Es wurden Haftbefehle gegen 17 Personen erlassen, darunter der neue Rebellenführer Gastao Salsinha, der nun von den Sicherheitskräften gesucht wird. Zu diesem Zweck stellte die Regierung Polizei und Militär unter ein gemeinsames Kommando. Dies wurde von vielen kritisiert, da sich Polizei und Militär noch in einem Prozess des Neuaufbaus befinden. Darüber hinaus hat die Auseinandersetzung der beiden Parteien 2006 zur Eskalation des Konflikts beigetragen. Es besteht die Gefahr einer Militarisierung der Polizei und einer erneuten Überschneidung von Kompetenzen.

Major Alfredo Reinado, ehemaliger Polizeioffizier, führte seit den Unruhen 2006 eine Truppe von rund 600 abtrünnigen Soldaten an und drohte der Regierung mit einem Bürgerkrieg. Er hatte sich mit Personen zusammengeschlossen, die Petitionen eingereicht hatten und die Missstände und Benachteiligungen im Militär anprangerten. Zuletzt erklärt, Gusmao, damals Präsident, sei Drahtzieher der Unruhen im Jahr 2006 gewesen. Er wurde von den Sicherheitskräften gesucht. Die Regierung hatte in den letzten Monaten jedoch versucht, den Konflikt mit Reinado mittels Dialog zu lösen.

vgl. AP 21.2.2008, AAP 16.2.2008, Spiegel Online 12.2.2008

UN übergeben Polizeikontrolle

Die UN haben Anfang Februar 2008 mit der Übergabe der Kontrolle an die timoresische Polizei begonnen. Drei Polizeiposten in Dili standen somit am 5.2.2008 unter der Kontrolle der lokalen Polizei. Atul Khare, UN-Sondergesandter in Osttimor, erklärte, die Übergabe sei ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zurück zur Unabhängigkeit der osttimoresischen Polizei. Die UN-

Polizei wird aber auch weiterhin die Arbeit der Posten überwachen. Die osttimoresischen Polizeioffiziere der übergebenen Posten mussten vor der Übergabe Eignungstests und Beratungsprogramme durchlaufen. 2006 hatten nach schweren Unruhen und Zusammenstößen zwischen Polizei und Militär die UN die Kontrolle über die Sicherheit übernommen.

vgl. BBC 5.2.2008

Flucht kubanischer Ärzte

Vier kubanische Ärzte, die ihren Zweijahresvertrag in Osttimor erfüllt haben, halten sich seit mehreren Monaten in Dili versteckt, da sie nicht nach Kuba zurückkehren wollen. Sie beabsichtigen, in den USA politisches Asyl zu beantragen, haben jedoch noch keine Ausreiseerlaubnis der osttimoresischen Behörden erhalten. Die Ärzte kritisierten die »Tyrannei« durch die kubanische kommunistische Partei, unter anderem seien ihnen die Pässe abgenommen

worden. Der kubanische Botschafter in Dili hat die Auslieferung eines der Ärzte an Kuba gefordert, was jedoch von der Regierung in Dili abgelehnt wurde. Diese steht nun zwischen den Parteien und bemüht sich um Vermittlung. Rund 300 kubanische Ärzte arbeiten zurzeit in Osttimor und 700 osttimoresische junge Leute studieren Medizin in Kuba unter einem bilateralen Abkommen von 2005.

vgl. Lusa 30.1., Canberra Times 1.1.2008

Jugendpolitik

Im November 2007 hat die osttimoresische Regierung ihre erste Nationale Jugendpolitik beschlossen. Diese erkennt die Rolle der Jugend im Prozess des Nation-Building an und zeigt auf, wie Ministerien und NGOs im Bereich Jugendförderung zusammenarbeiten können. Die Jugendpolitik soll Programme in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung und Industrie fördern. Die Politik will die Jugendlichen für gesellschaftliches Engagement mobilisieren, Verbindungen zwischen Bildung und Arbeitsleben herstellen, die Alphabetisierungsrate erhöhen, Behinderte stärker beachten und Bildung fördern sowie mehr Arbeitsmöglichkeiten bieten. Dies ist nicht nur eine Reaktion auf die Ereignisse von

2006, sondern wurde bereits seit September 2004 vom Ministerium für Jugend und Sport geplant.

Die Rolle der Jugend ist besonders durch die Unruhen von 2006 deutlich geworden, als sich vor allem viele junge Leute an der Gewalt beteiligten. Sie fühlen sich häufig vom Staat vernachlässigt und entfremdet. Ursachen sind hohe Arbeitslosigkeit, Analphabetentum, mangelnde Bildung und fehlende Zukunftsperspektiven sowie die Sprachpolitik, wonach Hauptverwaltungssprache Portugiesisch ist, welches nur eine kleine Elite, die junge Generation jedoch nicht, beherrscht, womit ihnen hier die berufliche Perspektive versperrt wird. Ein Drittel der Timoresen ist zwischen 15 und 29 Jahre alt.

vgl. UNICEF 12.2007, AKI 24.1.2008